

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 39/39
Telex: 88846 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Dr. Jürgen Schmude
MdB zum 20. Jahrestag
des Verkehrsabkom-
mens für Berlin: Kleine
Schritte zur Einheit
Deutschlands.

Seite 1

Hans-Günter Toete-
meyer MdB zur Not-
wendigkeit einer wirk-
samen Bonner Hilfe:
Angola vor großen
Problemen.

Seite 2

Wilhelm Schmidt MdB
zu den Perspektiven
des "Sports 2000":
Sport ohne Wettkampf
der Systeme.

Seite 5

Michael Habermann
MdB zur Bonner Kilo-
metergeld-Regelung:
Zum Nachteil behin-
deter Arbeitnehmer.

Seite 6

46. Jahrgang / 239

16. Dezember 1991

Kleine Schritte zur Einheit Deutschlands Zum 20. Jahrestag des Verkehrsabkommens für Berlin

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Die Einheit Deutschlands ist ein großartiger Vorteil und eine unverhoffte Chance für unser Volk. In dieser Form und zu dieser Zeit kam sie für alle überraschend und unvorhersehbar. Zum großen Zufall dürfen wir sie deshalb nicht erklären. Denn sie ist das Ergebnis einer langfristigen politischen Entwicklung in Deutschland und im Ostblock. Eingeleitet und gefördert wurde sie durch die 1969 begonnene neue Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Bundesregierungen.

Das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom September 1971 und die dazu vor genau 20 Jahren geschlossenen Abkommen über den Transit-Verkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin (17. Dezember 1971) und über Erleichterungen und Verbesserungen des Reise- und Besucherverkehrs für West-Berliner (20. Dezember 1971) waren wichtige erste Ergebnisse der neuen Politik.

Zur laufenden Verschlechterung der Lage des freien Berlin hatten Störungen und Drohungen des Ostens, vor allem aber die Abschnürung des Verkehrs nach Berlin und zwischen beiden Teilen Berlins beigetragen. Lange Wartezeiten, umständliche Abfertigungs- und Kontrollverfahren und willkürliche Zurückweisungen hatten vielen Menschen die Lust an der Fahrt nach Berlin verdorben und ihren Glauben an die Zuverlässigkeit der Verkehrswege erschüttert. Von wenigen Ausnahmen abgesehen hatte es keine Begegnungsmöglichkeiten für West- und Ost-Berliner gegeben. Das Gefühl, in West-Berlin eingeschlossen und ausgesperrt zu sein, war gewachsen.

Transitabkommen und Besuchsvereinbarung brachten in dieser mißlichen Lage mehr als Erleichterungen und Verbesserungen. Sie leiteten eine neue Entwicklung ein. Der Verkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin wurde erleichtert und vereinfacht und damit auch beschleunigt. Kontrollen und Abfertungsverfahren entfielen weitgehend. Das Risiko der Benutzung der Verkehrswege durch ehemalige DDR-Bürger wurde kalkulierbar. Und die Besuchsregelung innerhalb Berlins öffnete endlich dauerhaft die Türen in der Sperrgrenze für Menschen, die zusammengehörten und dem auch durch Besuche und Gespräche Ausdruck geben wollten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt aus
den wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Über die praktischen Verbesserungen hinaus war das Signal wichtig, das von diesen Abkommen ausging. Die Abtrennung wird nicht ständig verschärft, die Verhältnisse verschlechtern sich nicht immer weiter, Berlin bleibt nicht in unsicherer Lage! Die Menschen bekamen Grund zur Hoffnung auf weitere Verbesserungen. Das Vertrauen in die Zukunft Berlins (West) wurde gestärkt und konnte weiter wachsen. Und das wichtigste: Das Zusammengehörigkeitsgefühl der durch die Sperrgrenze getrennten Deutschen konnte in Begegnungen und im Gedankenaustausch gepflegt und bekräftigt werden. Die politischen Kräfte gegen die Abtrennung und gegen die Einsperrung konnten wachsen.

Mit der früheren Politik der Gesprächs- und Verhandlungsunfähigkeit war das nicht zu erreichen. Folgerichtig machten die damals noch nicht zu besserer Einsicht gelangten Unionsparteien ihre Bedenken geltend. Die Regelungen seien nicht befriedigend, ihre Praxis sei unsicher, den Ansprüchen der DDR auf Anerkennung seien die westliche Verhandlungspartner, Bundesregierung und Senat von Berlin, zu weit entgegengekommen. Unvergessen ist der Kommentar von Franz-Josef Strauß zum Vier-Mächte-Abkommen Anfang September 1971, er schäme sich, weil in Berlin die Flaggen eingezogen würden.

Nichts wurde eingezogen, Unsicherheit und harte Lasten wurden gemildert. Das haben die Kritiker aus der Union später selbst begriffen, als sie in der Regierungsverantwortung die sozialliberale Deutschlandpolitik fortsetzten und so die Kräfte weiter stärkten, die sich schließlich gegen Unterdrückung und Absperrung durchsetzen konnten.

Mancher hat heute nur den großen Schlußpunkt, die Einheit Deutschlands, vor Augen. Als sei sie ohne weiteres zu haben gewesen, blickt er argwöhnisch auf all die Verhandlungen und Gespräche zwischen Politikern beider deutscher Staaten, in denen das geteilte Volk Schritt für Schritt wieder zueinander geführt wurde. Gewiß waren diese Bemühungen oft quälend. Sie erfolgten im Umgang mit Leuten, denen man lieber Anklagen und Forderungen als Verhandlungsangebote präsentiert hätte. Und die nach und nach immer wieder erreichten Fortschritte waren gewiß klein. In der Summe aber waren sie groß und sehr wirksam. Das kommunistische System in der DDR hat sich dieser Wirkung nicht entziehen, es hat sich ihrer schließlich nicht erwehren können. Es ist an ihr zerbrochen.

Auch an den Folgen jener beiden vor 20 Jahren geschlossenen Abkommen, die "nur" den Transit und "nur" den Besuchsverkehr innerhalb Berlins regelten.

(-/16. Dezember 1991/rs/fr)

Angola vor großen Problemen **Zur Notwendigkeit einer wirksamen Bonner Hilfe**

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB
Stellvertretender entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Am 31. Mai 1991 wurde in Anwesenheit des amerikanischen und des sowjetischen Außenministers im portugiesischen Bicesse das angolansiche Friedensabkommen geschlossen. Die ehemals verfeindeten Kriegsgegner, die angolansiche MPLA-Regierung von Präsident dos Santos und die von Jonas Savimbi geführten UNITA-Rebellen, zogen damit einen Schlußstrich unter 16 Jahre mörderischen Bürgerkrieg, der das Land bis an den Rand des wirtschaftlichen und sozialen Ruins getrieben hat.

Der Wandel hin zu einer friedlichen Regelung wurde erst mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und das dadurch bedingte Umdenken im westlichen und östlichen Lager möglich. Mit der Einstellung der amerikanischen und sowjetischen Waffenlieferungen wurde den verfeindeten Gruppierungen jede Grundlage für eine Weiterführung des Krieges entzogen. Nach der Unab-

hängigkeitserklärung von Portugal im Jahr 1975 steht das Land nun erneut an der Schwelle zu einer eigenständigen Entwicklung. Die erfolgreiche Umsetzung des Abkommens ist eine erste Bewährungsprobe für beide Seiten, an der die Glaubwürdigkeit eines friedlichen und demokratischen Wandel in Angola gemessen werden kann. Das Abkommen selbst bietet dafür gute Voraussetzungen, ermöglicht es doch beiden Seiten, das Gesicht zu wahren: Die UNITA verpflichtet sich zu der bis dato von ihr stets verwehrt Anerkennung der angolischen Regierung, erhält von dieser im Gegenzug aber das Recht auf freie politische Aktivität im gesamten Staatsgebiet.

Anfang November wurde in Luanda ein Zwischenbericht über den bisherigen Verlauf des angolischen Friedensprozesses vorgelegt. Dieser Bericht, der von amerikanischen, sowjetischen und portugiesischen Beobachtern erstellt wurde, zieht eine alles in allem positive Bilanz. Lediglich in Teilbereichen mahnt er eine konsequentere Einhaltung der Bestimmungen des Friedensvertrages an. Hierzu zählen im besonderen die Verzögerungen bei der Demobilisierung der MPLA- und UNITA-Streitkräfte. Diese Verzögerungen waren Folge der in verschiedenen Landesteilen ausgebrochenen Unruhen. Besonders betroffen war die von der UNITA besetzte Provinz Cabinda im Südosten Angolas. Hier wie andernorts führten einzelne Verbände der UNITA auch nach dem Abschluß des Friedensabkommens Aktionen durch, vornehmlich die Errichtung von Kontrollposten entlang von Verkehrswegen. Zudem weigerten sie sich, ihre Waffen niederzuliegen und in die vorgesehenen Stationierungsorte einzurücken. Damit verletzte die UNITA die im Friedensvertrag vereinbarte Übereinkunft, die ca. 200.000 Kämpfer von MPLA und UNITA an insgesamt 51 Orten des Landes in zwei von einander getrennten Sammelgebieten zusammenzuziehen.

Auch der im Abkommen festgeschriebenen Ausdehnung der Zentralverwaltung auf alle Teile des angolischen Hoheitsgebietes wurde seitens der UNITA nur sehr zögerlich Folge geleistet. So erklärte sie sich erst Anfang Dezember bereit, die Stadt Jamba, Hauptquartier von UNITA-Führer Jonas Savimbi, unter Regierungsverwaltung zu stellen.

Darüber hinaus ist das Gelingen des angolischen Friedensprozesses im besonderen davon abhängig, ob es gelingt, die alten MPLA- und UNITA-Einheiten zu einer neuen angolischen Armee zusammenzuschmelzen. Die zukünftigen Streitkräfte werden einen Umfang von 50.000 Mann haben, wobei je 20.000 Soldaten von beiden Seiten gestellt werden. Hinzu kommen 6.000 Angehörige der Luftwaffe und 4.000 der Kriegsmarine, die aus den Reihen der ehemaligen MPLA-Truppen rekrutiert werden. Trotz der Zwischenfälle in einigen Provinzen ist das Oberkommando der neuen Armee bereits gebildet worden. Es besteht aus zwei ranggleichen Generälen jeder Seite.

Von ebenso großer Bedeutung wie die Schaffung neuer Streitkräfte wird der ökonomische Wiederaufbau Angolas sein.

Der Bürgerkrieg hat die gesamte wirtschaftliche Situation des Landes dramatisch verschlechtert. Sechzehn Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit sieht sich Angola in einer Situation, die gekennzeichnet ist von wirtschaftlichem Chaos, wachsender Auslandsverschuldung, ungewissen Deviseneinnahmen und ansteigenden Zahlungsproblemen.

Eine kurze Bestandsaufnahme verdeutlicht die immensen Probleme, vor denen das Land augenblicklich steht:

Die landwirtschaftliche Produktion, ein vor der Unabhängigkeit blühender Sektor, ist im Verlauf der letzten Jahre fast vollständig zusammengebrochen. War Angola noch während der portugiesischen Kolonialzeit in der Lage, jährlich 200.000 Tonnen an Getreide zu exportieren, so ist das Land heute gezwungen, 300.000 Tonnen zu importieren. Die Kaffeeherstellung, ehemals wichtigster Exportzweig, ist zwischen 1975 und 1988 von 200.000 auf 15.000t zurückgegangen. Die dramatische Lage der Landwirtschaft wird dadurch zusätzlich verschlimmert, daß die Landbebauung noch auf Jahre hinaus aufgrund der unzähligen Minen nur bedingt möglich sein wird.

Ein ähnlich düsteres Bild weist der industrielle Sektor auf. Das gesamte Minenwesen dieses an Rohstoffen so reichen Landes ist kriegsbedingt eingeschränkt oder zum Erliegen gekommen. Dies betrifft im besonderen die Diamanten-, Gold- und Erzförderung. Die Folge sind gewaltige Deviseneinbußen, welche die Auslandsverschuldung auf mittlerweile gigantische 7 Mrd DM ansteigen ließen. Auf die dringend benötigten Devisen aus der Ölförderung, der wichtigsten Devisenquelle, muß Angola ohnehin noch auf Jahre verzichten, da die Förderung bis 1995 für sowjetische Waffenlieferungen verpfändet wurde.

Auch das Transportwesen ist im Verlauf des Krieges fast vollständig zusammengebrochen. Wichtige Verkehrswege, z.B. die Benguela-Bahnlinie, sind durch Minen und jahrelange Anschläge der UNITA lahmgelegt.

Im Rahmen des ökonomischen Wiederaufbaus des Landes genießt die Instandsetzung dieser Bahnlinie erste Priorität. Der über 1300 Km lange Schienenweg dient dem Transport der in Zaire und Sambia gewonnenen Kupfererze zum Atlantikhafen Lobito. Die dadurch erwarteten Transiteinnahmen werden von Wirtschaftsexperten auf jährlich mindestens 90 Mio US-\$ beziffert. Zusätzlich zu dieser Instandsetzung ist an den Bau einer Nord-Süd-Achse (Straße und Bahn) gedacht. Diese Verbindung soll quer durch Namibia bis hinunter nach Südafrika führen. Namibia könnte insofern eine wesentliche Rolle beim Wiederaufbau spielen, als es quasi als Verbindungsglied zwischen dem hochentwickelten Südafrika und dem einst wohlhabenden Angola fungiert. Dies ist umso wichtiger, als Südafrika bereits Interesse an der Wiederbelebung einzelner Bereiche der angolanischen Wirtschaft, im besonderen der Diamantenförderung bekundet hat.

Die Instandsetzung des Minenwesens wird einen weiteren Schwerpunkt beim Aufbau der Wirtschaft bilden. Aufgrund der dringend benötigten Devisen sollte gerade die Diamantenförderung im Nordosten des Landes mit Nachdruck vorangetrieben werden. Auch die Erzgruben im Süden des Landes spielen bei der wirtschaftlichen Belebung eine wesentliche Rolle. Ihre Wiederingangsetzung ist nach Auskunft von Experten verhältnismäßig schnell zu bewerkstelligen.

Die Reaktivierung der ökonomischen Ressourcen wird viel Kapital und Expertise erfordern. Ohne westliche Hilfe wird diese Aufgabe für Angola unmöglich zu meistern sein. Denn wie sollen ohne das notwendige Geld, aber auch ohne das notwendige know how Wirtschaft und Infrastruktur aufgebaut werden? Die angolanische Regierung schätzt, daß allein der Sofortbedarf für die Wiederherstellung von Strom- und Wasserversorgung sowie die Instandsetzung der Bahn fast 1 Mrd. DM verschlingen werden.

Doch neben monatärer und fachlicher Unterstützung muß auch der Umbau des angolanischen Wirtschaftssystems hin zu einer Marktwirtschaft vollzogen werden.

Die angolanische Regierung hat bereits die erste Maßnahmen ergriffen. Schon jetzt zeichnet sich ab, daß dem Privatsektor mit dem Übergang von einer Zentral- zu einer Marktwirtschaft eine bedeutende Rolle zukommt. Nach Auskunft von Finanzminister Aguinaldo Jaime sollen schon in nächster Zeit einhundert Unternehmen privatisiert und - falls möglich - an die alten portugiesischen Besitzer zurückgegeben werden.

Es zeigt sich jedoch, daß die bisher eingeleiteten Reformen nicht zu einer grundlegenden wirtschaftlichen Belebung geführt haben. Dringend erforderlich ist ein umfassender Subventionsabbau sowie eine Liberalisierung von Handel und Devisenbeschaffung. Die angolanische Regierung schiebt diese Maßnahmen seit langem vor sich her, befürchtet sie doch damit verbundene Einschnitte in das Sozialsystem, die den erhofften Wahlsieg im September 1992 gefährden könnten.

Angesichts der immensen ökonomischen und sozialen Probleme Angolas, aber auch der Chancen, die sich für eine demokratische Neugestaltung des Landes bieten, ist es unverantwortlich, daß die Bundesregierung im Haushalt 1992 keine Mittel für Angola bereitgestellt hat. Experten aus Wissenschaft und Politik haben wiederholt darauf hingewiesen, daß gerade Länder, die am Beginn einer demokratischen Entwicklung stehen, besonderer Unterstützung sei-

tens der westlichen Industrieländer bedürfen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deshalb im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen die Einrichtung eines "Demokratiefonds" vorgeschlagen, aus dem speziell solche Länder bedient werden sollten. Die Mittel für diesen Fond könnten durch Einsparungen bei den Zuweisungen für demokratiefeindliche Länder (China, Indonesien, Zaire etc.), gewonnen werden.

Konkrete Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung könnten z.B. in einer technischen Unterstützung der für September 1992 anberaumten Wahlen oder in humanitärer und finanzieller Hilfe bei der Wiedereingliederung der über 300.000 angolischen Flüchtlinge, die zur Zeit in Zaire, Sambia und Kongo auf ihre Rückkehr warten, bestehen.

Am Beispiel Angolas kann die Bundesregierung ihre Versprechungen in die Tat umsetzen, demokratische Strukturen in der Dritten Welt verstärkt zu fördern. Die angespannte Lage in Angola erfordert allerdings ein rasches Handeln.

(-/16. Dezember 1991/rs/fr)

Sport ohne Wettkampf der Systeme? Zu den Perspektiven des "Sport 2000"

**Von Wilhelm Schmidt MdB
Sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Ein "neues Nachdenken über die Rolle des Sports" und ein "strukturelles Überdenken der öffentlichen Förderung des (Spitzen-)Sports" habe ich seit Anfang des Jahres an anderer Stelle mehrfach angeregt. Als der DSB 1988 zu seinem Kongreß "Menschen im Sport 2000" rief, gab es über die innere Struktur des Sports bereits zahlreiche kritische Töne. Dabei waren die Grundlagen des Sportbetriebs (Ehrenamt, Sportstättenbau, Sportfinanzierung, Nachwuchsgewinnung) ebenso einbezogen wie aktuelle Entwicklungen (Kommerzialisierung, Medieneinfluß, zunehmende Mobilität und Individualität). Leider ist der DSB bis heute nicht in der Lage gewesen, den damals schon erkennbaren Defiziten konkret nachzugehen und vorbeugend Maßnahmen mit Blick auf das Jahr 2000 einzuleiten.

Nun ist nach der glücklicherweise erreichten deutschen Einheit der Problemdruck beschleunigt worden. Die Situation hat sich verschärft, weil verschiedene Faktoren (wie der Zustand der Organisation des Sports und der Sportstätten sowie nicht zuletzt die durch die Öffnung von Archiven und Mündern intensivierte Doping-Auseinandersetzung) zusätzlichen Handlungsbedarf erzeugt haben.

Wenn wir - nicht erst in diesen Tagen - eine zunehmende Spaltung des Sports in eine Mehrklassengesellschaft registrieren, dann bedeutet dies, daß der "Sport 2000" sowohl für den Sport an der Basis (im Verein) als auch in der Spitze belebende Impulse erhalten muß. Der Verein kommt ohne Konzentration der administrativen Arbeitsanteile, ohne Serviceleistungen von außen und ohne Förderung der Finanzierung des Wettkampfsports nicht mehr lange aus. Die Nachwuchsförderung droht zusammenzubrechen, hierfür muß es neue Anregungen geben.

Der Immer noch mit starker Vorbildwirkung agierende Spitzensport, hat sich in (den medienwirksamen) Teilbereichen verselbständigt. Die Überwindung der Spaltung der früheren Ost- und West-Systeme im Sport ist dort gelungen, wo mit voller Kommerzialisierung/Professionalisierung einheitliche (wenn auch manchmal zweifelhafte) Werte an die Stelle des "Kampfs der Systeme" getreten sind. Die beispiellose, mit staatlichen Mitteln organisierte und finanzierte Aufrüstung des Sports im Osten und die permanente Nachrüstung mit anderen Methoden im Westen sind vorbei und müssen neuen, gemeinsamen Orientierungen weichen. Durch die Nachwirkungen des System-"Ersatzkriegs" (Helmut Schmidt) ist Deutschland 1991 die Welt-Sportnation Nr. 1 geworden. Ist dies bei allem begrüßenswerten Leistungstreben nicht doch etwas gefährlich? Aus meiner Sicht ergibt sich mit der Aufarbeitung der Doping-

Problematik auch eine große Chance für den deutschen Sport: Wenn wir es schaffen, aus der ehrlichen Aufarbeitung eine Vorreiter-Rolle bei der Organisation sauberen Leistungssport zu entwickeln, können dies ein bedeutenderes Zeichen für den Wertsport sein als die hemmungslöse Fortsetzung von Medaillengewinnen.

Neben dieser Verarbeitung der Doping-Probleme muß es dazu aber auch eine Umstellung der Förderungssysteme des Spitzensports geben. Wichtigste Aufgabe könnte für die Zukunft sein, die Grundstrukturen (siehe oben) zu fördern, während alle weiteren Ausdifferenzierungen Sache der Verbände und Athlet/innen wären. Dies ist wegen der Kürze des hier verfügbaren Platzes natürlich nur ein erster Einstieg - dennoch halte ich es für sehr wichtig, unter solchen Vorzeichen eine tabufreie Aussprache einzuleiten. Schade, daß das noch nicht früher geschehen ist, aber nach dem jahrzehntelangen 'Wettkampf der Systeme' fällt dies vielen Funktionsträger/Innen wohl noch zu schwer.

(-/16. Dezember 1991/rs/fr)

Zum Nachteil behinderter Arbeitnehmer Zur Bonner Kilometergeld-Regelung

**Von Michael Habermann MdB
Mitglied im Finanzausschuß und
Ausschuß für Familie und Senioren des Deutschen Bundestages**

Behinderte Arbeitnehmer/innen sind bei der Teilnahme am beruflichen und gesellschaftlichen Leben in ganz besonderer Weise auf ein privates Fahrzeug angewiesen. Diese außergewöhnliche Belastung im Bereich Fortbewegung muß - so sollte man meinen - auch lohn- und einkommenssteuerrechtlich angemessene Berücksichtigung finden. Bis Ende 1988 war dem auch so.

Bis zu diesem Zeitpunkt war der Nachteilsausgleich für Behinderte dadurch sichergestellt, daß sie pro gefahrenen Kilometer DM 0,42, alle übrigen Arbeitnehmer jedoch nur DM 0,36 pro Entfernungskilometer absetzen konnten. Heute können behinderte Arbeitnehmer/innen für die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte DM 0,52, ihre gesunden Kollegen/innen jedoch DM 0,65 veranschlagen.

Dr. Joachim Grünewald klärte mich in seiner Antwort auf meine schriftliche Anfrage vom 9. April dieses Jahres über den Hintergrund dieses skandalösen Verfahrens auf: Der besagte Pauschsatz von jetzt DM 0,52 entspricht der Wegstreckenentschädigung, die im Öffentlichen Dienst für Dienstreisen mit einem privaten PKW gezahlt wird.

Es ist mir vollkommen unverständlich, aus welchen Gründen der Nachteilsausgleich ganz in Wegfall bleibt und darüber hinaus die Kosten eines behinderten Arbeitnehmers für die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte um DM 0,13 pro Kilometer niedriger angesetzt werden als die eines gesunden Arbeitnehmers. Staatssekretär Grünewald verweist in diesem Zusammenhang nur auf den angeblich unterschiedlichen Charakter der beiden Pauschsätze.

Meine weitere Frage nach dem finanziellen Ausgleich für die Behinderten, die ihre Mehrbelastungen nicht lohn- oder einkommenssteuerrechtlich geltend machen können, wurde seitens des Ministeriums vorsichtshalber nicht beantwortet. Ich gehe davon aus, daß diese Reaktion dem Stand der diesbezüglichen Überlegungen entspricht.

In einem Schreiben an Staatssekretär Grünewald habe ich die Bundesregierung aufgefordert, den Nachteilsausgleich für behinderte Arbeitnehmer/innen proportional zu dem seit 1988 dreimal erhöhten Pauschbetrag für gesunde Arbeitnehmer/innen zu erhöhen. Des Weiteren habe ich angeregt, eine sogenannte, positive Steuer als finanziellen Ausgleich für die Behinderten, die keinen Nachteilsausgleich über ihre Lohn- und Einkommenssteuererklärung geltend machen können, einzuführen.

(-/16. Dezember 1991/rs/fr)
